

Kurzbericht

Unterausschuss „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

(7. - nicht öffentliche - Sitzung am 17. Juli 2014)

Beratungsthemen:

1. Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2012

Anträge der Landesregierung - [Drs. 17/1067](#)

dazu: Jahresbericht des Niedersächsischen Landesrechnungshofs 2014 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung - Bemerkungen und Denkschrift zur Haushaltsrechnung des Landes Niedersachsen für das Haushaltsjahr 2012 - [Drs. 17/1570](#)

a) Beratung der in der 5. und 6. Sitzung zurückgestellten Jahresberichtsbeiträge

Der Unterausschuss behandelte folgende Punkte des Jahresberichts:

- IV. Konsolidierung des Personalhaushalts als notwendige Folge der Schuldenbremse
- V. Denkschrift
- 16. Heilpädagogische Leistungen für Kinder im Vorschulalter: Steuerungsmöglichkeiten nicht wahrgenommen - Einsparmöglichkeiten nicht genutzt
- 36. Kooperation mit den niedersächsischen Industrie- und Handelskammern bei der Organisation von Delegationsreisen
- 37. Aufsicht über die Kammern im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - mehr ist besser
- 38. Altlastensanierung im Hafen Emden - mal ganz unbürokratisch
- 39. 17 Millionen Euro an Energieversorgungsunternehmen - aber wofür?
- 40. Dienstleistungszentrum JadeWeserPort - Vergabe einer Baukonzession ohne Wirtschaftlichkeitsnachweis bei guter Absicherung des Investors
- 41. Erfolgsprämie bei Abschluss einer Berufsausbildung ohne haushaltsrechtliche Grundlage
- 43. Entgangene Einnahmen des Niedersächsischen Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit - Probleme bei der Auslagenerhebung durch die Kommunen
- 47. Mangelnde Wirtschaftlichkeit und unzureichende Aufsicht beim Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband

b) Beratung des Berichtes des Unterausschusses

Der Unterausschuss verabschiedete einstimmig seinen Bericht an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen.

2. Beratung von Antworten der Landesregierung zu den Haushaltsrechnungen der Haushaltsjahre 2007 - 2011 (sogenannte Altfälle)

Der Unterausschuss beriet sogenannten Altfälle.